

Studenten und Referendare in Aufruhr

Wie das dreijährige Praktikum jungen Menschen die Lust am Lehrerberuf raubt und den Pädagogennotstand weiter verschärft

VON MICHÈLE GANTENBEIN

2015 kam die Reform im öffentlichen Dienst und mit ihr der dreijährige Stage. Seitdem ist das Interesse an einem Lehramtsstudium dramatisch gesunken. Am Beispiel der Lehrer zeigen sich die verheerenden Folgen einer auf den ersten Blick vernünftig klingenden Theorie.

Samstagmorgen. Im Bonneweger Casino syndical treffen sich 200 Lehramtsstudenten aus Luxemburg, Belgien und der Schweiz, zahlreiche Referendare und eine Handvoll Lehrer mit langjähriger Berufserfahrung. Sie protestieren gegen die neuen Rekrutierungsmaßnahmen im Fundamental, die helfen sollen, den akuten Lehrermangel zu bekämpfen. Die Zeit drängt, denn der zuständige Minister Claude Meisch möchte die gesetzlichen Änderungen sehr bald durchs Parlament boxen, damit die Maßnahmen im Herbst greifen können.

Der Minister will das dreijährige Referendariat auf zwei Jahre kürzen und Quereinsteigern Zugang zum Beruf verschaffen. Mit der Kürzung des Referendariats haben die Studenten und Berufsanfänger verständlicherweise kein Problem, wohl aber mit dem Umstand, dass man ab kommendem Jahr keine vierjährige Lehrerausbildung mehr braucht, um Lehrer zu werden. Ein Bachelor (drei Jahre Studium) in einem Fach „en relation avec l'éducation“ reicht, um als Chargé eingestellt zu werden. Fehlendes Wissen wird den Lehrbeauftragten in einer 240-stündigen Fortbildung vermittelt. Im Jahr darauf sind sie den „richtigen“ Lehrern gleichgestellt und können wie sie am Concours teilnehmen.



Wer unter den aktuellen Bedingungen eine Lehrerausbildung machen möchte, braucht einen langen Atem und eine gehörige Portion Idealismus.

(FOTO: PIERRE MATGÉ)

Unterstützt wird der Protest vom SEW/OGBL, der nicht mit am Verhandlungstisch saß, als die Rekrutierungsmaßnahmen beschlossen wurden. Die Lehrergewerkschaft macht die „ressour-

„Die Regierung hätte damals sagen sollen: Wir kürzen die Anfangsgehälter. Und basta.“

Eine Grundschullehrerin

centintensiven“ Bildungsreformen für den Lehrermangel verantwortlich, darunter die Schaffung der 15 Regionaldirektionen. Vor allem aber das dreijährige Referendariat im Anschluss an die Grundausbildung.

Das Praktikum ist Teil der Reform im öffentlichen Dienst und Pflicht für alle Staatsbeamten. Doch keine Berufsgruppe steht so sehr im Rampenlicht wie die der Lehrer. Und in keiner anderen Berufsgruppe sind die Negativauswirkungen so offensichtlich.

Die gut gemeinte Theorie

Das Praktikum wurde als Rechtfertigung für die Kürzung der An-

fangsgehälter (80-80-90) unter der Vorgängerregierung eingeführt. Der Deal: Ihr kriegt weniger Geld. Dafür braucht Ihr weniger zu arbeiten und bekommt eine berufsbegleitende Ausbildung.

Dass dieses Versprechen im Staatsapparat nicht überall eingelöst wird und Berufsanfänger stattdessen als Vollzeitkräfte eingesetzt werden, darauf hatte die Staatsbeamtengewerkschaft CGFP bereits mehrfach hingewiesen. Bei den Lehrern ist die Situation allerdings ganz besonders heikel.

Im Bildungswesen ist das Institut de formation de l'éducation nationale (IFEN) für die Ausar-

beitung und die Umsetzung des berufsbegleitenden Praktikums zuständig, ein Praktikum, das neu erfunden werden musste und einen Mehrwert zur Lehrergrundausbildung darstellen sollte.

Doch schnell wurde klar: Das Referendariat bringt mehr Belastung als Mehrwert. Die zwei Unterrichtsstunden, die den Berufsanfängern erlassen werden, fangen bei Weitem den Aufwand nicht auf, der durch den Stage entsteht. Die Kurse und praktikumsbezogenen Aufgaben haben zum Ziel, die Lehrer beim ohnehin sehr anstrengenden Berufsstart zu unterstützen, doch sie bewirken das Gegenteil. Die Kürzung des Stage zeigt nun, dass auch der Bildungsminister inzwischen anerkennt, dass der Stage der Attraktivität des Berufs schadet.

Beruf geht den Bach runter

„Ich bin gekommen, weil ich mir um die jungen Menschen und unseren Berufsstand Sorgen mache“, sagt eine Lehrerin, die in wenigen Jahren in den Ruhestand treten wird und sich am Samstag unter die Protestierenden gemischt hat. Der Beruf gehe seit der Reform 2009 langsam, aber sicher den Bach runter, findet sie.

Ihr Sohn ist auch dabei. Nach der Grundausbildung hat er den Concours absichtlich nicht gemacht, „weil ich wusste, dass im ersten Jahr nur Chaos herrschen würde“. Jetzt befindet er sich im ersten Stage-Jahr. An ihrem Sohn sieht die Lehrerin, was den jungen Pädagogen abverlangt wird. Über die verfahrenere Situation kann sie nur den Kopf schütteln: „Die Regierung hätte damals sagen sollen: Wir kürzen die Anfangsgehälter. Und basta.“

Wiseler und Bausch auf Kuschelkurs

CSV-Fraktionschef und Nachhaltigkeitsminister diskutieren über die Zukunft Luxemburgs

2018. Chamberwahlen in Luxemburg. Die CSV will mit ihrem Spitzenkandidaten Claude Wiseler wieder zurück an die Schalthebel der Macht. Die derzeitigen Umfragen geben Grund zum Optimismus. Laut Politmonitor könnten die Christsozialen bis zu vier Sitze zulegen und damit den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung für sich beanspruchen. Die CSV ist dabei aber auf einen Partner angewiesen, und nur die drei jetzigen Regierungsparteien kommen ernsthaft in Frage, da die CSV die Avancen der ADR bisher ablehnt.

Eher trüb sind die Aussichten im blau-rot-grünen Regierungslager. Die Verteidigung ihrer knappen Mehrheit in der Chamber erscheint eher unwahrscheinlich. Laut Prognosen würden nur die Grünen die Zahl ihrer Mandate verteidigen, während DP und LSAP riskieren, mit Sitzverlusten am Ende als Wahlverlierer dazustehen.

In diesem Szenario wäre das erstmalige Zustandekommen einer schwarz-grünen Koalition auf Landesebene nach den ungeschriebenen Gesetzen des luxemburger Wahlsystems die wahr-

scheinlichste Option. Der Wahlgewinner CSV bildet eine Koalition mit der Partei, die vergleichsweise gut bei den Wahlen abschneidet, in dem Fall die Grünen. Mehr als jeder dritte Wähler geht laut Politmonitor denn auch von einer schwarz-grünen Koalition nach den Nationalwahlen aus.

Dass dieses Szenario schon bald Realität werden könnte, dessen sind sich auch CSV-Fraktionschef Claude Wiseler und Nachhaltig-

keitsminister François Bausch bewusst, die vergangene Woche in der „Coque“ im Rahmen einer Diskussionsrunde zum Thema „Le Luxembourg dans la Grande Région de demain“ aufeinandertrafen. Ziel der gemeinsam vom „Ordre des architectes et ingénieurs-conseils“ (OAI) und der Uni Luxemburg organisierten Veranstaltung sollte eigentlich die Aufzeichnung der inhaltlichen Unterschiede zwischen CSV und „Dé-

Gréng“ sein. Mit Blick auf eine eventuelle künftige Kooperation ist derzeit eher schwarz-grüner Kuschelkurs statt Konfrontation angesagt.

In jovialer, freundschaftlicher Atmosphäre debattierten Wiseler und Bausch über die künftigen Herausforderungen in der Landesplanung und die explodierenden Immobilienpreise. In vielen Fragen sind sich der grüne Nachhaltigkeitsminister und sein Amtsvorgänger einig. Beide ergänzten sich im Verlauf der Debatte oft gegenseitig. So kam Wiseler denn auch zwischendurch nicht umhin schmunzelnd anzumerken: „Ich muss sie enttäuschen, aber ich bin mit fast allen Analysen von François Bausch einverstanden.“

Die Funktionalitäten Arbeit, Wohnen und Freizeit stärker miteinander verzahnen, um dem Verkehrskollaps zu begegnen. Zentraler Bestandteil: die Verabschiedung der sektoriellen Leitpläne, die laut Bausch noch vor Ostern im Parlament eingebracht werden sollen. Wiseler äußerte sich weitgehend positiv zu den bisher vorliegenden Entwürfen, befürchtet aber Schwierigkeiten bei der Umsetzung auf kommunaler Ebene.

Ebenfalls herrschte Konsens, dass das ungebremste Bevölkerungswachstum – Stichwort 1,1-Millionen-Einwohner-Staat – auf Dauer nicht tragbar sei. Das derzeitige Wirtschaftswachstum sei nicht bedingt durch eine Steigerung der Produktivität der Unternehmen, sondern in erster Linie durch das Bevölkerungswachstum, mahnte Wiseler. Und dieses von der Einwanderung befeuerte Wachstum habe seine Grenzen. „Irgendwann müssen dann aber auch Entscheidungen getroffen werden“, so Bausch. Konkrete Antworten, wie diese Entscheidungen aussehen sollen, blieben beide aber am Ende schuldig.

Neben den vielen Gemeinsamkeiten offenbarten sich dann dennoch einige Unterschiede, vor allem beim Thema Mobilisierung von brachliegenden Baugrundstücken, die in privatem Besitz sind. Während Bausch sich für eine Erweiterung der staatlichen Handlungsinstrumente bei der Enteignungsprozedur starkmacht, sieht der CSV-Fraktionschef keinen Bedarf. Die vorhandenen Instrumente seien ausreichend und müssten nur umgesetzt werden, so Wiseler. *stb*



Wer von Claude Wiseler und François Bausch harte Wahlkampfretorik erwartete, wurde enttäuscht.

(FOTO: ANOUK ANTONY)